Zentralschweiz zieht Kandidatur zurück

FORSCHUNG Er wird nichts mit einem Innovationspark in unserer Region: Die Zentralschweiz verzichtet auf ihre Kandidatur. Stattdessen will sie sich Zürich anschliessen.

CAROLE GRÖFLIN
carole.groeflin@luzernerzeitung.ch

Auf einem Teil des Militärflugplatzes Dübendorf soll künftig ein Innovationspark entstehen.
Keystone/Walter Bieri

Er soll die Schweiz wettbewerbsfähiger machen, kluge Köpfe anziehen und Arbeitsplätze schaffen. Gestern hat nun der Bundesrat die Botschaft zum nationalen Innovationspark ans Parlament überwiesen. Die Landesregierung will dafür eigene Landreserven – darunter einen Teil des heutigen Militärflugplatzes Dübendorf – im Baurecht abgeben. Zudem beantragt sie einen Rahmenkredit von 350 Millionen Franken für Bürgschaften, wie Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann gestern vor den Medien sagte. Damit soll die Stiftung «Swiss Innovation Park», die für Auf- und Ausbau der Forschertätigkeiten zuständig ist, zu günstigen Konditionen Geld aufnehmen können.

Innovation dank Spitzenforschung

Das Projekt Innovationspark soll im nächsten Jahr starten. In der Nähe von Hochschulen oder Forschungsinstitutionen sollen Zentren entstehen, in denen Spitzenforschung und unternehmerische Innovationstätigkeit vereint werden. Der Innovationspark soll als Netzwerk organisiert werden. Realisiert wird er durch die Standortkantone, die Privatwirtschaft und die beteiligten Hochschulen.

Der Innovationspark soll vorerst auf vier Standorte verteilt werden: Zwei Hub-Standorte entstehen im Umfeld der beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen Lausanne und Zürich, zwei Netzwerkstandorte im Kanton Aargau und in der Region Nordwestschweiz. Das Wirtschaftsdepartement prüft derzeit, ob bis zum Start des Innovationsparks nächstes Jahr allenfalls noch zusätzliche Netzwerkstandorte berücksichtigt werden.

Kritische Expertengruppe

Die Zentralschweizer Kantone, die mit einem gemeinsamen Projekt für Aviatik und Gebäudetechnik ins Rennen gestiegen waren, haben sich selber aus dem Spiel genommen. Dies gab gestern der Zuger Regierungsrat Matthias Michel (FDP) im Namen der Zentralschweizer Volksdirektorenkonferenz (ZVDK) bekannt. Eine Expertengruppe des Bundes kam zum Schluss, dass in unserer Region geeignete Standorte und Areale für die Forschung fehlen würden. Die ZVDK stuft eine eigene Kandidatur als Netzwerkstandort deshalb als wenig aussichtsreich sein. «Uns fehlt ein idealer Standort, wie ihn Dübendorf hat», sagt Michel.

Zusammenarbeit mit Zürich

Ganz aus dem Innovationsprojekt will sich die ZVDK nicht allerdings verabschieden. Sie möchte beim Hub-Standort Zürich andocken, wie Matthias Michel sagt. Er erwartet, dass im Rahmen einer solchen Zusammenarbeit Projekte und angewandte Forschung auch bei hiesigen Unternehmen und an der Hochschule Luzern realisiert werden. Die ZVDK fordert nun, dass das Parlament die Möglichkeit für eine direkte Anbindung der Zentralschweiz an Zürich offen lässt.

Spät positioniert

Die Zentralschweiz präsentierte ihre Kandidatur erst vor einem Jahr. Zahlreiche andere Standorte hatten sich schon vorher positioniert. Für den Luzerner SVP-Nationalrat Felix Müri handelte die ZVDK viel zu spät. «Zudem war es ein Fehler, dass man sich gar nicht erst für einen Hauptstandort beworben hat», sagt der Bildungspolitiker. Auch Müris Nidwaldner Rats- und Parteikollege Peter Keller hatte die gemächliche Gangart der ZVDK scharf kritisiert. Und findet es nun traurig, «dass sich die Zentralschweiz höchstens als Anhängsel von Zürich versteht». Das von der Expertengruppe monierte Standortproblem lassen sie nicht gelten: «Gerade der Grossraum Rotkreuz, wo heute bereits internationale forschungsintensive Unternehmen tätig sind, hat ideale Voraussetzungen», sagt Keller.

Fluglärm: Deutsche Forderung an Schweiz

sda. Im Streit um Schweizer Fluglärm über Süddeutschland hat der deutsche Verkehrsminister Alexander Dobrindt den Betroffenen Unterstützung zugesagt. Er werde sich gegenüber der Schweiz für deutsche Interessen einsetzen, sagte der Verkehrsminister gestern Abend. Konkret werde er keinen Plänen zustimmen, die zu einer weiteren Belastung der deutschen Seite führten. Dies gelte für die vom Flughafen Zürich geplanten neuen Flugrouten, sagte der CSU-Politiker an einem Bürgerdialog im vom Fluglärm betroffenen Waldshut-Tiengen am Hochrhein.

Einspruch aus Deutschland hängig

Die vom Fluglärm betroffenen Landkreise im deutschen Bundesland Baden-Württemberg hatten Mitte Januar Einspruch gegen die vom Flughafen Zürich beantragte Verlegung der Flugrouten erhoben. Unterstützt werden sie von der grün-roten Regierung in Stuttgart.

Ziel des neuen Flughafenkonzepts ist es, die An- und Abflüge im Osten zu entflechten. Damit soll das Sicherheitsrisiko entschärft werden. Einzelne Gemeinden werden damit stärker mit Fluglärm belastet, andere weniger. Insgesamt bleibe die Zahl der Betroffenen laut Angaben des Flughafens Zürich aber gleich. Diese Beteuerung reicht Dobrindt jedoch nicht: «Es darf zu keiner Mehrbelastung durch Fluglärm kommen.» Dies gelte für die vom Zürcher Flughafen beantragten neuen Flugrouten ebenso wie für den von seinem Vorgänger Peter Ramsauer (CSU) ausgehandelten deutsch-schweizerischen Staatsvertrag. Die Schweiz sei am Zug. Sie müsse Belastungen für Deutschland vermeiden und dies in Verträgen und Konzepten garantieren. «Solange die noch offenen Fragen nicht klar beantwortet sind, werde ich den Staatsvertrag nicht in den Bundestag zur Abstimmung schicken», sagte der Minister. Der Vertrag bleibe damit auf Eis.

Steuerrabatte für Pistenfahrzeuge

sda. Im Auftrag des Parlaments hat der Bundesrat gestern seine Vorschläge zur Änderung des Mineralölsteuergesetzes verabschiedet. Dabei sollen neu für Pistenfahrzeuge, Motorschlitten oder Quads zur Präparierung von Skipisten, Loipen, Schlittelbahnen oder Winterwanderwegen der Mineralölsteuer-Zuschlag und die Hälfte der Mineralölsteuer zurückerstattet werden – dies, um den Tourismus zu fördern.

3300 Fahrzeuge würden profitieren

Bereits heute sind Fahrzeuge für Land- oder Forstwirtschaft, den Naturwerkstein-Abbau und die Berufsfischerei hierzulande steuerbegünstigt. Insgesamt wären nach Angaben des Bundesrats demnach rund 3300 Fahrzeuge von der Änderung betroffen – rund 40 Prozent davon mit Dieselmotor.

Der Bundesrat schlägt des Weiteren vor, dass für die Dieselfahrzeuge der Anteil der Mineralölsteuer nicht zurückerstattet wird, wenn die Fahrzeuge nicht mit einem Partikelfilter ausgerüstet sind. Über einen solchen Partikelfilter verfügen derzeit lediglich 34 der insgesamt 1342 dieselbetriebenen Pistenfahrzeuge.

ANZEIGE